

zu errichten. Das Muster dieser „Städte der Gelehrsamkeit“ waren Oxford und Cambridge, ihr College-System wurde kopiert und von ihnen übernahm man die besten Ausbauelemente der Gemeinschaftsräume und insbesondere der sportlichen Anlagen. Deutschlands alte Universitäten sind in erster Linie Bildungstätten gewesen, denen Einrichtungen des Sports und der Gemeinschaftsbildung erst nach und nach angegliedert wurden. In der Reichshauptstadt, wo sich um den Kern der Humboldtischen Universitätsaufsicht nach und nach immer neue Bildungs- und Hochschulfunktionen gruppieren, zwingen Platzmangel und regionale Interessen zu einer überaus großen Zersplitterung, so daß heute in Berlin in mehr als 100 Einzelinstituten in den verschiedensten Stadtteilen die wissenschaftlichen Disziplinen ihre Unterbringung gefunden haben. Weit abseits von diesen Instituten wiederum befinden sich die Sportanlagen, die Kameradschaftshäuser, die Fest- und Gemeinschaftsräume der gesamten Studenten- und Professorenschaft. Es bedeutet einen Entschluß von außerordentlicher Tragweite, alle diese philologischen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und technischen Einrichtungen in einem Rahmen zusammenzufassen und mit angemessenen Sportanlagen, Gemeinschaftshäuser und Präsentationsräume zu verbinden. Es bedeutet die Aufgabe vieler liebgewordener Traditionen und Bautätigkeiten, die Herausziehung von Tausenden von Studierenden, Lehrern und Forschern aus dem Getriebe der Metropole, in dem sie heute lernen und lehren. Es schafft auf der anderen Seite eine Zusammenfassung und Zuordnung, wie sie in besonderem Maße den neuen Erziehungsgrundsätzen entspricht, und bedeutet eine außerordentliche Erleichterung für den Studienbetrieb, der unter der räumlichen Zersplitterung vielfach schwer zu leiden hatte. Die Reichsuniversität soll an der westlichen Ausfallstraße Berlins liegen, in nächster Nachbarschaft der olympischen Sportanlagen, die einzigartige Möglichkeiten der körperlichen Erleichterung bieten. Sie wird auch in einem der landschaftlich ansehnlichsten Bezirke Berlins entstehen, wo die architektonische und gärtnerische Ausgestaltung besonders leicht sein wird. Die Anteilnahme der breitesten Öffentlichkeit wird durch die lobenswerte Preisausfertigung in besonderem Maße sichergestellt, und wir können damit rechnen, daß die künftige Anlage in ihrer Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit dem Werke des Professors Werner March ebenbürtig wird.

Städteplanung auf weite Sicht kann nur ein Regime unternehmen, das seiner Dauer gewiß ist und in langen Zeiträumen denkt. Was es dem einzelnen schwer werden, von Liebgewordenem oder Altgewohntem Abschied zu nehmen, für das Schicksal einer Stadt ist es wie für die Zukunft eines Staates notwendig, über den Tag hinaus zu schauen und die Hauptstadt des Reiches so wohlwollig und zweckmäßig zu gestalten, daß sie auch für eine fernere Zukunft ihre Aufgaben als politischer und geistiger Mittelpunkt eines großen Kulturstaates zu erfüllen vermag.

### Reichsminister Kertel über Kulturpolitik

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Bekenntnisfront habe sich früher für die „Stunde der Erbauung“ bei ihm bedankt, die er, der Minister, in einem Vortrag geschenkt habe; umso unverständlicher sei es aber, daß später einer ihrer Hauptführer böswillige Unterstellungen in Flugschriften verbreitet habe. Dieses Verhalten beweise nur, wie die christliche Liebe nicht immer dort am besten bestellt sei, wo man sie fortgesetzt im Munde führe. Der Minister erklärte: „Es liegt mir völlig fern, in Waise und Wogen abzuurteilen. Ich erkenne an, daß viele Seelsorger mit uns gekämpft und uns mit allen Mitteln unterstützt haben. Ich weiß, daß z. B. die Deutschen Christen völlig passiv zum nationalsozialistischen Staat stehen. Ich muß aber gleichzeitig erklären, daß ich nicht daran denke, etwa eine deutsche christliche Staatskirche herzustellen. Der Staat hat nur eines im Sinn: die völlige Sicherstellung der religiösen Freiheit. Ich werde mit der deutschen Volksgemeinschaft dieses Ziel erreichen.“ Eine Anzahl von Seelsorgern und Predigern beider Konfessionen habe dem Staat für seine Bemühungen entscheidenden Dank abgestattet; aus ganzem Gesehen sei leider aber nicht der Fall gewesen. Sogleich nach Übernahme seines Amtes habe er, der Minister, Aufträge gegeben, alle Strafanträge gegen Geistliche zu sammeln. Die Summe der Anzeigen genüge; es sei eine geradezu erschreckende Zahl! In keinem anderen Stande gibt es einen so unerhöht hohen Prozentsatz von Verbrechen.

Die Stillhaltungsprozesse mühten vor sich gehen, seien aber noch nicht abgeschlossen. Nach Angabe des für diese Straftaten zuständigen Justizministeriums handele es sich dabei um folgende Zahlen: Verurteilt wurden 45 Priester, 178 Ordensbrüder und -schwestern, 21 Angestellte usw., zusammen 242. Verurteilt sind noch unabhängig gegen 93 Priester, 744 Ordensbrüder und -schwestern und 118 Angestellte usw., zusammen 955; Verfahren wurden eingestellt über 29 Priester, 127 Ordensbrüder und -schwestern, 92 Angestellte usw., zusammen 188. — Es sei klar, stellte der Minister fest, daß hier nicht mehr von Einzelfällen gesprochen werden könne. Zum Vergleich erwähnte der Minister die Zahl der Ordensangehörigen im Jahre 1935. Die Zahl der Ordensangehörigen in Deutschland habe 1935 etwa 18 200 männliche Ordensmitglieder in etwa 800 Niederlassungen betragen und etwa 102 000 weibliche Ordensmitglieder in 7900 Niederlassungen. Das bedeute also, daß einer Zahl von 18 000 männlichen Ordensangehörigen etwa 1000 Prozesse gegenüberstünden. Es sei nicht politisch, wie man den Vorwurf erhoben habe, daß diese Prozesse hinfällig, politisch seien aber vielmehr naturgemäß die Folgen dieser Prozesse. An solchen Eltern könne der Staat nicht achtlos vorbeigehen, sondern müsse sie ausbrennen.

Bedauerlich sei, daß die kirchliche Aufsicht nicht selbst genügend eingegriffen habe. Der Minister betonte, daß er nicht dogmatisch zu urteilen habe, daß aber nach dem Leben, den Worten und den Taten Christi, wie sie nach dem Evangelium der Beurteilung offenliegen, diese nicht den Lehren des Nationalsozialismus widersprechen.

Es sei aber bedauerlich, daß viele kirchliche Vertreter den Nationalsozialismus so wenig verstanden und für seine Anhänger die kirchliche Türe zu Gott abzuschließen versucht hätten, statt ihrer Predigt der Liebe gemäß zu handeln. Der Staat werde dort mit harter Faust für unbedingte Ordnung sorgen, wo die Religion mißbraucht wird, um die Volksgemeinschaft zu stören oder zu zerschlagen.

Unter lang anhaltendem Wehklagen schloß der Minister: „Das Volk kennt seinen Führer. Jeder einzelne mag immer wieder in sich hineingehen und sich fragen: Wie herrlich ist es doch, in dieser großen Zeit leben zu dürfen. Nur eines macht das Leben schön, die Pflicht zu erfüllen, in die Gott uns gestellt hat. Wir wollen daran gehen, ein Reich zu bauen, das nach nicht Wirklichkeit ist, das aber durch unser Tun und Leben Wirklichkeit werden soll. Gott lebt noch und offenbart sich immer aufs neue in den Menschen, die seines Geistes voll sind. Auch heute noch sind Wunder möglich, in den Stunden der Not ertötet und ermählt der Allmächtige; viele sind berufen, aber wenige nur auserwählt. Spätere Geschlechter werden uns beneiden um das, was wir erleben und miterleben durften.“

Jeder hat die Freiheit, seine Pflicht zu tun, und der Stimme Gottes in seiner Brust zu folgen, der ihm sagt: verstehe die Vergangenheit, erfasse die Gegenwart, hilf an der Zukunft des deutschen Volkes zu bauen und wirke dann mit, daß das Reich fest steht, daß es bleibt, daß es dein Deutschland nennt, dein Deutschland über alles!“

### Gründung der Tobis-Filmkunst GmbH.

Zur intensiveren Bearbeitung von Patent- und Lizenzfragen Berlin, 1. Dezember. Um die für die Zukunft einer selbständigen deutschen Filmindustrie wichtigen Patent- und Lizenzfragen intensiver bearbeiten zu können, hat die Tobis, Tonbild-Gesellschaft AG, Berlin, ihre Produktions-Verleih- und Vertriebsinteressen an die neugegründete Tobis-Filmkunst GmbH übertragen. Diese Gesellschaft wird die künstlerischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Herstellung und des Vertriebes der Tobis-Filme im In- und Ausland durchführen. Den Vorstand der Tobis-Filmkunst GmbH bilden die Herren Paul Behmann, der neben den betrieblichen Aufgaben die Gesamtleitung der Gesellschaft inne hat, Gustav Verleger, der den Verleih betreut, Hans S. Zerlett und Franz Vogel, die die künstlerischen und wirtschaftlichen Fragen der Filmproduktion bearbeiten. Den Aufsichtsrat bilden die Herren: Generaldirektor Dr. Hans Henkel als Vorsitzender, Staatschauspieler

Emil Jannings als stellvertretender Vorsitzender, Bankdirektor Heinrich Post, Oberregierungsrat a. D. Arnold Raether, Regisseur Willi Forst in Wien, Staatschauspieler Veit Harlan. Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Herren: Staatschauspieler Emil Jannings als Vorsitzender, Regisseur Willi Forst, Staatschauspieler Veit Harlan, Oberregierungsrat a. D. Arnold Raether.

### Das Befinden General Ludendorffs

München, 1. Dezember. Ueber das Befinden General Ludendorffs ist am Dienstag um 19.30 Uhr folgender Bericht abgegeben worden: „Das Befinden General Ludendorffs hat sich in den letzten 24 Stunden etwas gebessert. Die Nacht war ruhig, wenn auch noch gewisse Kreislaufstörungen die Lage als ernst erscheinen lassen. Dieser Ernst der Lage wird sehr rasch nicht schwinden können.“

### Sieben sowjetspanische Flugzeuge abgeschossen

Salamanca, 1. Dezember. Der nationale Heeresbericht vom Dienstag lautet: Nichts Neues an den Fronten. Luftkämpfe: In zwei Luftkämpfen am Dienstagvormittag und nachmittag wurden insgesamt sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen.

### Chiffrierte bolschewistische Anweisungen beschlagnahmt

Kommunistenrazzia der Warschauer Polizei. Warschau, 1. Dezember. In der Nacht zum Mittwoch wurden Beamte der politischen Kommission in Warschau Hausdurchsuchungen in den Wohnungen kommunistischer Agenten durchführten. Die Polizei hatte mit ihrem Vorgehen vollen Erfolg; sie konnte kommunistische Broschüren, Flugblätter, Wägen, chiffrierte Anweisungen an die Leiter der einzelnen kommunistischen Zellen in ganz Polen und dergleichen mehr beschlagnahmen. Sechs Personen, von denen fünf Juden sind, wurden verhaftet.

### Wirtschaftliche Erneuerung Brasiliens

Rio de Janeiro, 1. Dezember. Der neue Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten, Mendonca Lima, kündigte bei Übernahme seines Amtes die unverzügliche Lösung der Transportfrage an. Sie sei die Voraussetzung für die Ruhebarmachung der brasilianischen Bodenschätze. Ebenso sollen eigene Industrien geschaffen werden, durch die Brasilien stark, reich und vom Ausland unabhängig werden will. Der Minister, der vom Erfolg überzeugt ist, wiederholte bei dieser Gelegenheit die Kampfanfrage Brasiliens an den Kommunismus.

### Amerikanische Bundespolizei sprengt Rauschgiftkartell

Newyork, 1. Dezember. Nach einer Untersuchung, die sich von Newyork bis Schanghai erstreckte, unternahm die amerikanische Bundespolizei mehrere Razzien. Dabei gelang es ihr, wie sie erklärt, ein internationales Rauschgiftkartell zu sprengen, das jährlich für über eine Million Dollar Rauschgift absetzte. 16 Personen, darunter mehrere Zollbeamte und 8 Frauen wurden unter der Beschuldigung des Schmuggels und der Beteiligung verhaftet. Dies ist innerhalb von 10 Tagen die zweite Sprengung eines großen Rauschgiftkartells.

### Austauschdienstliche Seelsorge

Waberborn, 1. Dez. Am ersten Adventsonntag fand in dem Collegium Clementinum zu Waberborn eine Abschiedsfeier statt für fünf Theologen, die nun in ihre künftige Diözese nach Liebersee abreisen. Die Herren Hofst aus Reutkirch (Saar) und Helmreichmann fahren bereits am 2. Dezember mit der „Monte Rosa“ nach Argentinien. Dort werden sie schon sehr bald durch den Erzbischof von Santa Fé de hl. Priesterweihe empfangen. Am 1. Januar fahren die Herren Huel aus Züba, Distelhoff aus Jerslohn und Lafontaine aus Dierfen (Saar) nach Chile, um in Santiago mit ihrem bereits vergangenen Jahres vorgeschickten Kameraden für die Diözese Temuco weiterzustudieren. Somit ist nun die Zahl der von dem Collegium Clementinum ausgesandten Theologen in den letzten zwei Jahren auf 17 gestiegen. Alle haben sie die Aufgabe, in Südamerika durch die Betreuung der Deutschen das Deutschstum im Auslande zu festigen und auch so in ihrem Verste dem deutschen Vaterlande zu dienen.

### Kleine Chronik

Marginalische Streikhausstellungen in Clermont-Ferrand. Zu wüsten marxistischen Streikhausstellungen kam es Dienstag nachmittag vor dem Präsekturgebäude in Clermont-Ferrand (Frankreich). Als eine Abordnung der Streikenden aus dem Präsekturgebäude herauskam, stürzte sich der auf dem Platz versammelte marxistische Mob auf zwei der Delegierten, die sich vor dem Präsekten bei Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und die beiden Delegierten vor der tobenden Horde schützen.

Die polnischen Studenten der Lemberger Universität erklärten sich am Dienstag auf einer Kundgebung dazu entschlossen, den Kampf um die Abforderung der Juden in den Hörsaal- und Liebungssälen bis zum Siege fortzusetzen. Wenn ihre Forderungen nicht berücksichtigt würden, dann würden sie das Gebäude der Technischen Hochschule besetzen, es bis zur Erfüllung ihrer Forderungen nicht räumen und selbstverständlich allen Juden den Eintritt verweigern.

Belnapantischer erhält 2 1/2 Jahre Gefängnis. Die Große Strafkammer in Lübeck verurteilte am Dienstag abend in dem Prozeß gegen den Inhaber einer Weinhandlung, P. P. Koch, und drei Mitangeklagte nach einwöchiger Verhandlungsdauer das Urteil. Außer Verurteilungen gegen das Weingeschäft und Vergehen gegen das Vereinsverbotgesetz war den Angeklagten in der Hauptsache Betrug zur Last gelegt worden. Der Hauptangeklagte Koch erhielt wegen fortgesetzten Betruges 2 1/2 Jahre Gefängnis, der Mitangeklagte Oldenburg wegen Beihilfe zum Betrug 4 Monate Gefängnis.

### Mitteldeutsche Börse vom 1. Dezember

Ruhig. Die Umschaltbarkeit am Aktienmarkt war am Mittwoch sehr beschränkt, wobei die Kurse keine gleichmäßige Kursentwicklung zeigten. Das Geschäft in Mandatwägen wurde durch Materialmangel beeinträchtigt. Stadt-Anleihen verkehrten bei kleinen Umsätzen zu letzten Kursen. Lebhafteres Geschäft hatten Reichsschatz, Sächs. Staatsanleihen. — Am Markt der Metalle waren Kupfer und Zinn am stärksten und Sächs. Wechselscheine je 1 Prozent und Wechselscheine 2 Prozent niedriger. Kupfer gingen 1,75 Prozent höher um. Annahmewerte minus 2 Prozent nach Strich. Banken waren teilweise etwas schwächer bei kleinem Geschäft. Hamburger Münzberg plus 1,75, Geroer Strichwaren minus 8 Prozent. Chem. und Montanwerke waren nur geringfügig schwächer, dagegen Brauereien. Reichsbahnwertscheine hatten größeres Geschäft und waren etwas höher.

Reichswetterdienst, Ausgabeort Dresden. Wettervorhersage für Donnerstag 2. Dezember: Volkig, noch kurzdauernde leichte Regenfälle. Im höheren Gebirge Schnee. Bei mäßigen Südwest- bis Westwinden noch mild. Nur stellenweise leichter Nachtfrost.

### Viel Worte, wenig Neues

Die Londoner Presse zum Abschluß der englisch-französischen Besprechungen

London, 1. Dezember. Die Londoner Morgenpresse vom Mittwoch beschäftigt sich in ausführlichen Kombinationen mit dem Abschluß der englisch-französischen Beratungen und dem Inhalt des durch Ministerpräsident Chamberlain behaupteten Kommuniqués. Die Wäuter sehen in den Besprechungen den Auftakt zu weiteren internationalen Erdörterungen und glauben die Möglichkeit in Aussicht stellen zu dürfen, daß sie unter Berücksichtigung der deutschen Kolonialforderungen in ein allgemeines Abkommen zur Regelung der europäischen Probleme einmünden könnte. Fast alle Zeitungen heben hervor, daß zwar die Kolonialfrage im Vordergrund der Besprechungen gestanden, aber auch die Frage eines allgemeinen Rüstungsabkommens eine Rolle gespielt haben dürfte.

### Die Zeitung Mittlerin zwischen Gemeindeverwaltung und Bürgern

Mit Zweifelsfragen hinsichtlich der Anteilnahme der Bürgererschaft an der Gemeindeverwaltung und an der Kommunalpolitik im allgemeinen beschäftigt sich das amtliche Organ des Gemeindetages „Die Landgemeinde“. Manche Bürgermeister wünschten eine stärkere Anteilnahme der Gemeinderäte hinsichtlich ihrer beratenden Stellungnahme wie auch ihrer Aufgabe, Sorgen und Wünsche der Bürgererschaft zur Kenntnis des Bürgermeisters zu bringen und Verständnis für die kommunalen Maßnahmen im Kreise der Gemeindeglieder zu erwecken. Dazu sei zu sagen, daß die Bürgermeister alles vermeiden mühten, was den salfchen Eindruck erwecken könne, als sei die Beratung durch die Gemeinderäte lediglich die Erfüllung einer Formalität. Wenn Grund zu der Annahme bestehe, daß die Gemeindeglieder durch die Gemeinderäte nicht oder nicht ausreichend über die Leitung und Absichten des Gemeinwesens unterrichtet werden,

dann solle der Bürgermeister die Zeitung informieren,

die immer dankbar sei, wenn sie ihren Lesern etwas aus der Gemeindeverwaltung mitteilen könne. Auf diese Weise sei es Bürgermeistern bereits oft gelungen, das Interesse der Gemeindeglieder an den kommunalpolitischen Dingen nachzuhalten. Von der Bürgererschaft selbst höre man gelegentlich die Frage: „Wozu soll ich mich mit kommunalen Angelegenheiten befassen? Ich kann ja doch nichts am Gang der Dinge ändern.“ Der Bürgermeister macht doch, was er sich vorgenommen hat.“ Diese Einstellung sei falsch. Der Bürger könne gerade auch unter dem Führerprinzip durch die Gemeinderäte mit seinen Anregungen und Wünschen in die Gemeindeverwaltung gewinnen. Die Gemeinderäte würden es begrüßen, wenn sie eine Meinung aus der Bürgererschaft erfahren, und sie würden diese Meinung, falls sie sie teilen, auch vertreten können.

### Keine doppelte Moral für Parteiuniform und Zivil

Mit einer im Dienste der Charaktererziehung stehenden Betrachtung über Stil und Form wendet sich das Zentralorgan des NSD-Studentenbundes „Die Bewegung“ insbesondere an die studentische Jugend. Viele Menschen führten ein Doppelleben. In Parteiuniform beachteten sie noch z. B. die Regeln des Verkehrs auf der Straße, in Zivil schon nicht mehr. In Gesellschaft von maßgebenden Vorgesetzten seien sie höflich und lebenswürdig, im Verhältnis zu Angestellten rechtshaberisch, rücksichtslos und unzugänglich. Wir mühten aber zur Einheit der Lebensführung, der Lebenshaltung und aller unterer Lebensäußerungen gelangen. Keine doppelte Moral, nicht nur in den Fragen des Bolschewismus und Judentums, sondern auch in den kleinen Dingen des Alltags müsse verschwinden. Die Frage z. B., ob man den Hut abnehmen solle oder nicht, ob eine Verbeugung erlaubt sei oder nicht, erscheine auf den ersten Anblick wenig bedeutend. Man brauche aber nur an das Schopenhauer-Wort zu erinnern: „Gerade in Kleinigkeiten, bei welchen der Mensch sich nicht zusammennimmt, zeigt er seinen Charakter“. Die Stellungnahme zeigt, ob es wirklich „undeutsch“ oder gar unmännlich sei, als junger Mensch vor einem ehrwürdigen und greisen Haupt den Kopf zu beugen und ob es wirklich ein Zeichen nationalsozialistischer Gesinnung sei, wenn man eine Frau auf der Straße mit Handschlag begrüße und den Hut nicht abnehme. Es komme nicht darauf an, die eine oder andere Frage mit Ja oder Nein zu beantworten. Wichtig sei aber, daß das Gefühl für Achtung, Ehrerbietung und Aufmerksamkeit nicht verloren gehe. Vor allem solle man im Privatleben und in Zivil nicht für erlaubt halten, was in Uniform und im Dienst, in einer bestimmten Umgebung und in „bestimmten Kreisen“ nicht erlaubt erscheine. Das einmal unanständig, ehrenrührig und tadelnswert sei, das sei es unter allen Umständen.

### Gefängnis für eine verbotene Heirat

Braunschweig, 1. Dez. Wegen Verstoßens gegen das Ehegesundheitsgesetz fanden vor dem Schöffengericht Peine ein Mann und eine Frau, denen der Standesbeamte als Brautpaar das Aufgebot verweigert hatte, da sich die Braut in Pflegschaft befand und außerdem wegen angeborenen Schwachsinnes sterilisiert worden war. Die Angeklagte hatte daraufhin in einem anderen Orte eine Stellung angenommen. Bei der Bestellung des Aufgebots im neuen Wohnort verfuhr das Paar dem Standesbeamten das Ehehindernis. Auf diese Weise hatten die Angeklagten durch willkürlich falsche Angaben die Erlaubnis zur Eheschließung erhalten. In einer vor dem Landgericht Hilbesheim anhängig gemachten Ehenichtigkeitsklage war die Ehe dann für nichtig erklärt worden. Das Schöffengericht Peine verurteilte jetzt den Mann zu drei Monaten und die Frau zu einem Monat Gefängnis. Ein dritter Angeklagter, dem Beihilfe vorgeworfen worden war, wurde freigesprochen, weil er die Beihilfe nicht willentlich geleistet hatte.

### „Devisenparabüßen der SS.“ in den Kasernen

Das Reichswehrministerium hat der Wechselscheinebeschaffung mitgeteilt, daß gegen die gestante Auffstellung der für die Sammlung von Sankto, Festschneekapseln, Zinntuben bestimmten „Devisenparabüßen der SS.“ in den Kasernen keine Bedenken bestehen. Es muß sich aber um feste Behälter handeln. Die örtlichen SS-Führer müssen sich in dieser Angelegenheit an die Kommandeure der einzelnen Truppenkörper mit der Bitte um Genehmigung der Auffstellung wenden.